



Niederschrift

über den öffentlichen Teil der 23. Sitzung des Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport der Stadt Eberswalde
am 12.10.2011, 18:15 Uhr,
im Rathauspassage Eberswalde, Konferenzraum, 3. Etage, Breite Straße 39,
16225 Eberswalde

TAGESORDNUNG

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
3. Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 14.09.2011
4. Feststellung der Tagesordnung
5. Informationen des Vorsitzenden
6. Einwohnerfragestunde
7. Informationen aus der Stadtverwaltung
 - Jugendbericht
 - Zukunft des SPI
 - Entwicklung Weidendam
8. Informationsvorlagen
9. Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung
10. Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

11. Vortrag und Diskussion zur Finanzierung von Freien Schulen im Land Brandenburg (Herr Christoph Schröder, Vorsitzender der AG Freie Schulen Brandenburg)
12. Vorstellung der Stiftung "Haus der kleinen Forscher"
13. Vorstellung des Kita-Profiles "An der Zaubernuss"
14. Diskussion zur Einführung einer Verpflegungskostenpauschale in den Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Hoeck, eröffnet die 23. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde um 18.15 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

TOP 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Hoeck stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen hiergegen werden nicht vorgetragen. Zu Beginn der Sitzung sind **7 Stadtverordnete** anwesend (**Anlage 1**).

Frau Dr. Brauns erscheint zum TOP 4.

TOP 3

Beschlussfassung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport der Stadt Eberswalde vom 14.09.2011

Die Niederschrift der 22. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport vom 14.09.2011 lag auf Grund der Erkrankung der Schriftführerin nicht vor. Die Niederschrift der 22. Sitzung konnte daher nicht bestätigt werden. Die Bestätigung der Niederschrift der 22. Sitzung wird in der kommenden Sitzung behandelt.

TOP 4

Feststellung der Tagesordnung

Schriftliche Einwendungen gegen die Tagesordnung der 23. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport liegen nicht vor. Mündliche Einwendungen werden nicht vorgetragen.

Der Tagesordnung der 23. Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport wird durch die Anwesenden einstimmig zugestimmt.

Frau Dr. Brauns nimmt an der Sitzung um 18.16 Uhr teil **(8 Anwesende)**.

TOP 5

Informationen des Vorsitzenden

Herr Hoeck bittet die Ausschussmitglieder um die Verlegung der am 09.11.2011 geplanten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, da an diesem Tage mehrere andere terminliche Verpflichtungen zu verzeichnen sind (Pogromnacht, Mauerfall). Des Weiteren sind durch die Erkrankung der Schriftführerin bereits Probleme bei der Erstellung der Niederschriften aufgetreten, so dass nunmehr Frau Kittel als Vertretung und Aushilfe einspringen musste.

Die Verlegung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport würde vom 09.11.2011 auf den 30.11.2011 erfolgen.

Herr Pieper spricht sich dafür aus, falls wichtige Entscheidungen und Beschlussvorlagen zu behandeln sind, die keinen Aufschub dulden, den festgelegten Sitzungstermin am 09.11.2011 nicht zu verlegen. Sollten jedoch keine wichtigen Entscheidungen und Beschlussvorlagen zu behandeln sein, würde der Termin bis zum 30.11.2011 sicher auch ausreichen.

Herr Landmann weist darauf hin, dass zum Sitzungstermin am 09.11.2011 keine wichtigen Beschlussvorlagen geplant sind. Allerdings steht die Haushaltsdiskussion in allen Ausschüssen an.

Herr Hoeck erklärt, dass die Haushaltsdiskussion für den Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport für den 09.11.2011 und auch für den 30.11.2011 vorgesehen war. In der Vergangenheit hat für die Haushaltsdiskussion ein Sitzungstermin ausgereicht.

Herr Landmann erklärt, dass die Kämmerei die Haushaltsplanung bis Ende Oktober fertiggestellt haben will. Dies würde bedeuten, dass die Versendefrist möglicher Weise nicht eingehalten werden kann für den am 09.11.2011 geplanten Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport.

Frau Schostan spricht sich dafür aus, den Sitzungstermin auf den 30.11.2011 zu verlegen. Falls jedoch dringende Entscheidungen anstehen, könnte man bei Bedarf den Sitzungstermin am 09.11.2011 unter Einhaltung der Ladungsfrist bestehen lassen.

Herr Hoeck pflichtet Frau Schostan bei und stellt fest, dass sich der Ausschuss für Bildung,

Jugend und Sport bei Bedarf am 09.11.2011 zusammenfinden kann.

TOP 6

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern gestellt.

TOP 7

Informationen aus der Stadtverwaltung

- Bildungspaket

Frau Ladewig bezieht sich auf die Bitte von Herrn Hoeck, Ausführungen zum „Bildungspaket“ zu machen. Das Bildungspaket teilt sich in 2 Zuständigkeiten. Zum einen ist der Landkreis Barnim für Empfänger von Sozialhilfe, Kinderzuschlag und Wohngeld, speziell das Grundsicherungsamt des Landkreises Barnim, zuständig. Zum anderen ist das Jobcenter für Empfänger von ALG II zuständig. In der Verwaltung, sprich im Amt für Bildung, Jugend und Sport, hängen bereits in den Fluren diesbezügliche Informationsmaterialien aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Bildung, Jugend und Sport stehen jedem Elternteil jedoch auch persönlich zur Verfügung und leisten Aufklärungsarbeit. Eine Antragstellung ist in der Verwaltung nicht möglich, sondern ist je nach Leistung bei den zuständigen Behörden (wie zuvor genannt) durch die Eltern zu beantragen. Das Bildungs- und Teilhabepaket gliedert sich in unterschiedliche Bereiche, bspw. Nachhilmöglichkeit, Mittagessenangebot, Schul- und Kita-Fahrten. Jede einzelne Maßnahme ist durch die Eltern bei der zuständigen Behörde zu beantragen. Die Verwaltung hat dadurch Mehrarbeit zu verzeichnen, da eine Meldung an das Jobcenter bzw. den Landkreis Barnim erfolgen muss, inwieweit die Kinder und an welchen Tagen die Kinder gegessen haben. Die Höhe der geflossenen Gelder ist zu melden, um eine Rückerstattung der Kosten vom Jobcenter oder vom Landkreis Barnim zu erhalten.

Herr Landmann verweist darauf, dass es sich um einen komplizierten bürokratischen Akt handelt, der einfacher hätte gelöst werden können.

- Jugendbericht

Frau Herold stellt sich als Jugendkoordinatorin der Stadt vor, sie ist im Amt für Bildung, Jugend und Sport tätig und hält den Jugendbericht, der als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügt ist.

Herr Schumacher möchte wissen, ob die Sozialarbeiterstellen an den Schulen verbleiben

werden.

Frau Herold antwortet darauf, dass die Verwaltung voll hinter den Sozialarbeitern steht und diese Stellen erhalten bleiben sollen.

Frau Röder fragt hinsichtlich des Projektes „Boxenstopp“, wie hoch der Anteil der Stadt und des Landkreises ist.

Frau Herold weist darauf hin, dass keine zusätzlichen Finanzmittel aufgewendet werden, sondern Personalkosten entstehen.

- Zukunft des SPI

Herr Landmann beginnt mit der Sachstandsmitteilung „SPI“. In den vergangenen Monaten gab es diverse Abstimmungs- und Informationsprobleme zwischen dem Landkreis Barnim und der Stadt sowie SPI. Es fand daraufhin eine erste Steuerungsrunde mit Landkreis, Stadt und SPI statt. Es wurde dabei festgehalten, dass SPI der Stadt eine Art Tätigkeitsbericht übergibt, so dass die 2. Steuerungsrunde am 24.10.2011 nach Vorlage des Berichtes stattfinden kann, in der die weitere Zusammenarbeit besprochen wird.

- Entwicklung Weidendamm

Herr Landmann berichtet, dass bereits vor längerer Zeit Maßnahmen seitens der Verwaltung ergriffen wurden.

Frau Herold erklärt, dass hinsichtlich der Problematik Weidendamm positive Entwicklungen in kleinen Schritten zu verzeichnen sind. Die meisten Jugendlichen reagieren auf die Hinweise von Eltern und Sozialarbeitern durchaus einsichtig, ohne in große Diskussionen zu verfallen. Der Missbrauch von Alkohol und Nikotin besteht nach wie vor. Es wird schwierig sein, dort absolute Ruhe hinein zu bekommen. Größere Vorkommnisse sind nicht zu verzeichnen. Es wurden drei „Runder-Tisch-Gespräche“ durchgeführt, um die unterschiedlichen Interessen und eine bessere Verfahrensweise zu erkunden. Eine 4. Gesprächsrunde ist geplant. Es ist dabei die Idee entstanden, den Park in mehrere Bereiche zu untergliedern, so dass der Kinderspielplatz nicht mit den Treffpunkten der Jugendlichen kollidiert. Es ist geplant, eine extra Tischtennisplatte aufzustellen, einen Basketballkorb zu installieren (Rückzug der Jugendlichen auf die Wiesen) und mit einfachen Mitteln mehrere Sitzgelegenheiten zu schaffen. Gespräche mit dem Wachenleiter der Polizei, Herrn Kuhlig, haben ergeben, dass die Polizei keine größeren Auffälligkeiten zu verzeichnen hatte. Es sollte auch beachtet werden, dass es sich bei dem Park um eine öffentliche Fläche handelt.

TOP 8

Informationsvorlagen

Es liegen keine Informationsvorlagen vor.

TOP 9

Anfragen und Anregungen von Fraktionen, Stadtverordneten u. sachk. Einwohnern/innen sowie im Rahmen ihrer Zuständigkeit von Ortsvorstehern/innen, den Vors. der Beiräte gem. Hauptsatzung, dem/der Vors. des KJP u. den Beauftragten gemäß Hauptsatzung

Herr Schumacher möchte wissen, wann der langersehnte Umzug des OSZ und der Grundschule in das OSZ sein wird.

Herr Landmann bestätigt, dass es vom Landkreis keinerlei Signale für eine Verzögerung gibt und der Umzug zum Schuljahr 2013/2014 vollzogen werden kann (vorherige Renovierung eingeschlossen).

TOP 10

Beschlussvorlagen (Beratung und Beschlussfassung)

Es liegen keine Beschlussvorlagen zur Vorberatung vor.

TOP 11

Vortrag und Diskussion zur Finanzierung von Freien Schulen im Land Brandenburg (Herr Christoph Schröder, Vorsitzender der AG Freie Schulen Brandenburg)

Herr Hoeck beantragt ein Rederecht für Herrn Schröder als Vorsitzenden der AG Freie Schulen Brandenburg sowie Frau Fischer-Heiland als Vertreterin des Landesverbandes Johanner zum Thema „Finanzierung von Freie Schulen im Land Brandenburg“.

Dem Rederecht für Herrn Schröder und Frau Fischer-Heiland wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig zugestimmt.

Zunächst beginnt Herr Schröder mit seinem Referat, welches der Niederschrift als **Anlage 3** beiliegt.

Frau Röder verwehrt sich gegen die Aussage von Herrn Schröder, dass das Land Brandenburg zu „dämlich“ sei, freie Schulen zu installieren und bittet, diese Beeinflussung von Stadtverordneten zu unterlassen.

Herr Schröder geht davon aus, dass im Land Brandenburg mit der Materie nicht offen umgegangen wird und die Bildungsmöglichkeiten einer freien Schule nicht öffentlich aufgezeigt werden.

Herr Wessollek stimmt den Aussagen von Herrn Schröder zu und ist überzeugt, dass freie Schulen einen Wirtschafts- und Standortfaktor darstellen und somit Zu- und Wegzüge beeinflussen (persönliche Erfahrung). Eberswalde sollte sich freie Schulen leisten und deren Entstehung unterstützen. Herr Wessollek spricht sich dafür aus, mehr freie Schulen zu installieren, da das staatliche Schulsystem schon recht weit eingeschränkt worden ist.

Herr Schröder weist darauf hin, dass bspw. der Städte- und Gemeindebund die fehlende wirtschaftliche Gesamtbetrachtung des Gesetzes anmahnt.

Herr Pieper weist darauf hin, dass es sich bei der Diskussion um Landespolitik handelt, die in diesem Gremium nicht zu vertiefen sei. Dennoch hat Herr Pieper recherchiert und konnte feststellen, dass das Land Brandenburg bei der Entstehung von freien Schulen eine Spitzenposition mit 8,8 % einnimmt. Der Bundesdurchschnitt liegt bei nur 8,1 %. Von einer Unterproportionierung kann demnach keine Rede sein. Im Land Brandenburg wurden während der Wahlperiode 2004 – 2008 knapp 200 öffentliche Schulen geschlossen. Es entstanden aber im gleichen Zeitraum knapp 50 freie Schulen. Im Grundschulbereich hat Brandenburg 6,6 % freie Schulen, dem entgegen stehen 2,6 % öffentliche Schulen im Bundesdurchschnitt. Herr Pieper muss Herrn Schröder bei der Finanzierung der freien Schulen widersprechen, da im Jahr 2008 den freien Schulen 100 Mio. Euro, im Jahr 2009 105,5 Mio. Euro und im Jahr 2010 113,9 Mio. Euro zur Verfügung gestellt worden sind. Herr Pieper vertritt die Auffassung, dass freie Schulen wichtig sind und deren Entstehung nur positiv bewertet werden kann.

Frau Röder pflichtet Herrn Pieper bei und teilt die Auffassung, dass alles Geld, was übrig ist, der Bildung zu Gute kommen sollte. Sie bezieht sich auf die Aussage von Herrn Schröder, wonach ein Verbot von Aussonderungen bei Aufnahmen von Schülern existiert. Sie fragt, ob jedes Elternhaus sich die Aufnahme ihres Kindes in eine freie Schule, auch wenn Sie ALG-II-Empfänger sind, leisten können.

Herr Schröder bejaht die Frage, wobei die Schulform (bspw. Grundschule oder Gymnasium) eine Rolle spielen und das Schulgeld eine unterschiedliche Höhe haben könnte.

Herr Landmann stimmt Herrn Pieper zu, keine Landespolitik betreiben zu wollen. Er weist darauf hin, dass die Stadtverordneten die Thematik in ihre Fraktionssitzungen mitnehmen und ansprechen könnten. Gleichwohl wird sich die Stadt nicht gegen die Entstehung und Errichtung von freien Schulen stellen.

Frau Fischer-Heiland als Vertreterin des Landesverbandes Johanniter Berlin-Brandenburgs, in Vertretung für die Gesellschafter der Kinder- und Jugendakademie, bedankt sich, sprechen

zu dürfen. Frau Fischer-Heiland bemerkt, dass die Bildungsverantwortung im Land Brandenburg sehr gut angenommen wurde, sowohl bei den staatlichen, als auch bei den freien Schulen. Es wird in Eberswalde miteinander und nicht gegeneinander gearbeitet, was sehr wichtig ist, da in Pressepublikationen von einem Kampf gegeneinander die Rede war. Das wäre für die Bildung in Brandenburg ganz schädlich. Das im Grundgesetz verankerte Recht auf Schulgründung und Schulwahl lag bereits unseren Gründungsvätern und -müttern der Bundesrepublik am Herzen.

Das sollte uns ein ganz wertvolles Gut sein. Frau Fischer-Heiland berichtet, dass die Kostenfrage die Kinder- und Jugendakademie in großem Maße trifft, da hier ein Grundschulteil sowie ein Gymnasium vorhanden sind. Das bedeutet für die Kinder- und Jugendakademie im Grundschulteil sehr drastische Einschränkungen. Wenn das Schulgeld, welches bisher durchaus bezahlbar ist, sowie unter der Prämisse der Stipendiumsvergabe und der Aufnahme aller Schüler aus allen Gesellschaftsschichten sowie der verträglichen Schulgeldgestaltung betrachtet wird, kann eine Erhöhung nicht ausgeschlossen werden. Ansonsten wird die Kinder- und Jugendakademie auf Grund der bisherigen Regelung bereits im nächsten Jahr nur allein im Grundschulteil ein Defizit von 63.000 Euro verzeichnen. Durch das Land wurde verkündet, bis zum Jahr 2015 Übergangsregelungen zu schaffen, dadurch entstehen Defizite in Höhe von 732,00 Euro pro Schüler. Das bedeutet eine Kürzung von 20 – 30 % und würde eine deutliche Elternbeitrag-Erhöhung nach sich ziehen. Man befindet sich in Eberswalde und möchte auch weiter hier bleiben. Man befindet sich nicht im Speckgürtel oder in Baden-Württemberg, wo 400 – 600 Euro Schulgeld gezahlt werden, nein, man zahlt in Eberswalde 100 – 150 Euro Schulgeld oder erhält die gesamte Summe in Form eines Stipendiums. Frau Fischer-Heiland appelliert an die Verwaltung, mit den freien Schulen gegen die finanziellen Einschnitte zu kämpfen, da bereits in der Vergangenheit gemeinsam eine gute Bildungspolitik betrieben wurde.

Herr Wessollek vertritt die Auffassung, dass die Elternbeiträge an freien Schulen bezahlbar sind.

Er wünscht, dass die Stadtverordneten die Thematik in ihren Fraktionssitzungen beraten und besprechen.

Herr Schumacher berichtet über seine Erfahrungen mit der Entstehung und dem Aufbau einer Privatschule in Eberswalde (auf Grund der Schließung der Albert-Einstein-Schule). Er kommt zu der Schlussfolgerung, dass die Aktionen des Ministeriums den Aufbau und die Einrichtung von freien Schulen sehr schwer machen.

Frau Schostan stimmt Herrn Wessollek zu. Sie vertritt die Auffassung, dass Bildung ein wichtiger Standortfaktor ist. In der Stadt besteht Kitaplatz-Mangel. Sollten freie Schulen durch die Erhöhung der Elternbeiträge schließen müssen, bedeutet dies einen Riesenverlust für die Stadt.

Herr Hartmann gibt zu bedenken, dass die Kürzungen auch einen Hintergrund haben müs-

sen und ohne die Vorlage von konkretem Zahlenmaterial schlecht argumentiert werden kann. Es sollten daher immer beide Seiten betrachtet werden.

TOP 12

Vorstellung der Stiftung "Haus der kleinen Forscher"

Herr Hoeck beantragt ein Rederecht für Frau Keusen, Netzwerkreferentin der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“.

Das Rederecht für Frau Keusen wird von den Ausschussmitgliedern einstimmig erteilt.

Frau Keusen stellt sodann die Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ vor. Der Vortrag liegt der Niederschrift als **Anlage 4** bei.

Die Ausschussmitglieder haben zu diesem Vortrag einen Flyer mit entsprechenden Informationen der Stiftung erhalten.

Herr Schumacher möchte wissen, wie viele Kitas sich in der Stadt an dem Projekt beteiligt haben.

Frau Ladewig teilt mit, dass sich an den Workshops alle Kitas der Stadt Eberswalde beteiligt haben, dieses Jahr gibt es einen Preisträger, nämlich die Kita „Spielhaus“ (Ostende), die als „Haus der kleinen Forscher“ ausgezeichnet wurde. Es ist geplant, die neu entstehende Kita im BBZ als eine naturwissenschaftlich-mathematische Kita, eventuell sogar als ein „Haus der kleinen Forscher“ aufzubauen und es fanden dazu bereits Gespräche mit dem Geschäftsführer der Stiftung, Herrn Dr. Rösner, statt. Die Stiftung sagte konzeptionelle Unterstützung für diese Kita zu. Des Weiteren fanden bereits erste Gespräche mit Vertretern der IHK Ostbrandenburg statt, die dieses Bundesprojekt unterstützt.

Herr Landmann weist darauf hin, dass die Stadt Eberswalde Partner der Stiftung ist.

Frau Ladewig erklärt, dass die Kita im BBZ neben einem Konzept und natürlich auch den gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag der elementaren Bildung mit seinen sechs Bildungsbereichen Berücksichtigung findet sowie auch Sport und Bewegung.

TOP 13

Vorstellung des Kita-Profiles "An der Zaubernuss"

Herr Hoeck begrüßt die Leiterin der Kita „An der Zaubernuss“, Frau Voigt, und erteilt ihr das Wort.

Frau Voigt stellt sich vor, ihre Tätigkeit als Leiterin der Kita und erläutert an Hand eines Dia-

Vortrages das neue Kita-Profil, welches als **Anlage 5** der Niederschrift beiliegt.

Herr Brzezinski bestätigt, dass es sich bei der Kita „An der Zaubernuss“ um eine sehr schöne Kita handelt und er bereits 2-mal dort ein Praktikum absolviert hat, welches ihm sehr viel Freude bereitete.

TOP 14

Diskussion zur Einführung einer Verpflegungskostenpauschale in den Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde

Frau Bessel, Mitarbeiterin des Amtes für Bildung, Jugend und Sport, erläutert mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation die geplante Einführung einer Verpflegungskostenpauschale in den Kindertagesstätten der Stadt Eberswalde.

Frau Ladewig bittet die Stadtverordneten, die Informationen in ihre Fraktionssitzungen mitzunehmen und dort zu diskutieren. Der Vortrag wird dazu als **Anlage 6** der Niederschrift beigelegt. Sie weist darauf hin, dass die Tendenz zu Pauschalen geht, um eine Antragstellung für das Bildungspaket zu vereinfachen.

Herr Landmann weist darauf hin, dass eine Gleichbehandlung der Antragsteller des Teilhabepaketes und der Nichtantragsteller erfolgen, demnach ein ausgewogenes Verhältnis erreicht werden soll. Die Verwaltung versucht damit, ein Solidarprinzip über alle zu ziehen. Das obere Ansinnen ist jedoch, das Bildungs- und Teilhabepaket auch zu nutzen. Die Grundschulen werden ab dem kommenden Jahr daraufhin untersucht und geprüft.

Frau Schostan schlägt vor, das Modell mit den Kita-Leiterinnen zu besprechen, um ein Zuhetretreten an die Eltern auf Grund des Solidarprinzipes zu vermeiden. Es wäre auch denkbar und möglich, dass durch die neue Verpflegungskostenpauschale Kinder aus der Einrichtung für die Einnahme von Mittagessen abgemeldet werden. Das wäre ein Totalschaden und nicht das, was man erreichen möchte.

Frau Ladewig möchte dem widersprechen, denn durch die Verpflegungskostenpauschale erreicht man eigentlich die Eltern, die man erreichen will, nämlich die Antragsteller zum Bildungs- und Teilhabepaket. Die Verpflegungskostenpauschale soll zum 05. eines jeden Monats abgebucht werden, und nicht mehr wie zuvor zum 15. des Monats. Es wird davon ausgegangen, dass bis zum 05. des Monats noch genügend Geld bei den Eltern vorhanden ist. Die Eltern müssen demnach für die Verpflegungskostenpauschale durch die Hilfe des Jobcenters und des Grundsicherungsamtes nur 1,00 Euro je Mittagessen bezahlen. Durch die Pauschale wird die Teilhabe der Kinder an einer Essensversorgung für den gesamten Monat gesichert bzw. erleichtert.

Herr Dr. Steiner möchte das Modell als Datei für die Besprechung in der Fraktion bekommen,

möglichst als pdf-Datei. Dabei sollten auch die Vorteile, die soeben aufgezeigt wurden, mit enthalten sein. Herr Dr. Steiner möchte zudem wissen, ob es finanzielle Auswirkungen für die Stadt geben wird.

Herr Landmann weist darauf hin, dass wenn die ermittelten Zahlen konstant bleiben mit keinerlei finanziellen Auswirkungen für die Stadt zu rechnen ist. Sollten sich zukünftig Änderungen ergeben, würde man darüber reden.

Frau Dr. Brauns begrüßt dieses solidarische Paket.

Herr Schumacher sieht in dem Modell eine Vereinfachung für die Verwaltung und die Eltern und steht dem positiv gegenüber.

Martin Hoeck
Vorsitzender des
Ausschusses für Bildung,
Jugend und Sport

Gesine Kittel
Schriftführerin

Sitzungsteilnehmer/innen:

- **Vorsitzender**
Martin Hoeck

- **Stellvertreter des Vorsitzenden**
Günter Schumacher

- **Ausschussmitglied**
Dr. med. Christel Brauns ab 18.16 Uhr anwesend
Sabine Büschel entschuldigt
Ronny Hartmann
Hans Pieper
Angelika Röder
Monique Schostan
Dr. Andreas Steiner

- **sachkundige Einwohner/innen**
Anja Bunge entschuldigt
Kerstin Hildebrand
Madlen Karbe entschuldigt
Elke Lewerenz
Ingo Rätz entschuldigt
Axel Siekmann entschuldigt
Ulrich Wessollek
Jörg Zaumseil
Rolf Zimmermann

- **Dezernent/in**
Lutz Landmann

- **Beiräte gemäß Hauptsatzung**
Dennis Brzezinski

- **Verwaltungsmitarbeiter/innen**
Anke Bessel
Ulrike Gerike
Britt Herold
Kerstin Ladewig

- **Gäste**
Fischer-Heiland Landesverband Johanniter, zu TOP 11
Keusen Haus der kleinen Forscher, zu TOP 12

Schröder
Albrecht Triller
Voigt

Vors. AGFS, Zu TOP 11
Freie Oberschule Finow
Kita "An der Zaubernuss", zu TOP 13